



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1633
Fax:	02104/99-4575
E-Mail:	cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 08.06.2021

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Mittwoch, den 19.05.2021, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Schabestan Gafari

Mitglieder

Markus Bösel
Dirk Brixius
Josef Ehentraut
Annabell Fugmann
Jaqueline Gräfer
Tobias Horn
Marc Kammann
Rolf Kramer
Ralf Lenger
Friedrich-Ernst Martin
Marcus Nüse
Renate Petschull
Siedi Serag
Dietmar Weiß
Hans-Gerhard Winter
Elizabeth Yeboah

Verwaltung

Sascha Becker
Cornelia Brinkhoff
Désirée Geisler
Nils Hanheide
Brigitte Heinz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.02.2021
3. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin 32/008/2021
4. Informationen der Verwaltung
5. Vierte Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen vom 18.12.2008 (Taxi-Tarif-Verordnung) 36/001/2021
6. Aktuelle Situation im Ausländeramt 33/002/2021
7. Bericht des Straßenverkehrsamtes über die Arbeit der Unfallkommission in den Jahren 2019 und 2020 36/002/2021
8. Aktuelles aus dem Bereich Bevölkerungsschutz 32/010/2021
9. Nachträge
 - 9.1. Presseberichterstattung über das Kreis-Service-Center
Hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.05.2021 32/011/2021
 - 9.2. Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes zur Verkehrssicherheit rund um das Impfzentrum
Hier: Vorschlag der Gruppe DIE LINKE vom 06.05.2021 32/013/2021

Nicht öffentlicher Teil

10. Informationen der Verwaltung
11. Vergabe von Aufträgen über 100.000,00 Euro der Abteilung 32/009/2021
32-1 - Bevölkerungsschutz
12. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau KA Gafari, eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt sie die Anwesenheit unter Berücksichtigung der Vertretungen sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr SB Ehrentraut und Frau SB Fugmann werden mit folgendem Wortlaut verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

Die fristgerecht um die Tagesordnungspunkte 9.1 und 9.2 erweiterte Tagesordnung wird festgestellt. Aufgrund der inhaltlichen Nähe soll der Tagesordnungspunkt 9.1 zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 6 beraten werden.

Herr Hanheide informiert über einige an die Verwaltung gerichtete Fragen der Gruppe DIE LINKE. zur Verkehrserziehung durch den Kreis Mettmann und schlägt vor, diese zur Niederschrift zu beantworten (Anlage 1). Der Ausschuss ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Für den Tagesordnungspunkt 5 wird Frau KA Serag von der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN als Berichterstatterin für den Kreistag benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.02.2021

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 22.02.2021 einstimmig.

Zu Punkt 3: Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin - Vorlage Nr. 32/008/2021
--

Frau KA Gafari verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Frau Vanessa Edelburg wird zur stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 4: Informationen der Verwaltung
--

Herr Hanheide berichtet über die Installation einer neuen feststationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der Kaiserswerther Straße in Ratingen. Diese wurde in Umsetzung eines Beschlusses der Unfallkommission eingerichtet, da hier ein Unfallschwerpunkt aufgrund überhöhter Geschwindigkeit ermittelt worden sei. In den ersten Wochen nach der Inbetriebnahme habe sich bereits gezeigt, dass die Maßnahme berechtigt ist.

Zu Punkt 5: Vierte Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen vom 18.12.2008 (Taxi-Tarif-Verordnung) - Vorlage Nr. 36/001/2021
--

Frau KA Gafari bittet Herrn Hanheide um eine kurze Erläuterung der Historie.

Herr Hanheide führt daraufhin aus, dass der Taxenverkehr als Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs angesehen werde. Daher müsse der Kreistag die Entgelte für die Beförderung festlegen. Auch die letzte Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes habe diesbezüglich zu keiner Änderung geführt.

Der das vorliegende Verfahren auslösende Antrag der Fachvereinigung Personennahverkehr Nordrhein Taxi-Mietwagen e.V. habe eine erhebliche Tarifierhöhung vorgesehen. Die Notwendigkeit sei für die Verwaltung schwierig zu bewerten gewesen, da das aktuelle Pandemiegeschehen auch Auswirkungen auf das Taxigeschäft habe. Insgesamt hätten sich die Unternehmen zwiespältig zur geplanten Erhöhung geäußert. Maßgeblich sei, ein Ausgleich zwischen den Unternehmensinteressen und den Interessen der Bevölkerung zu schaffen. Daher schlage die Verwaltung nun eine moderate Erhöhung der Taxitarife vor. Die Erhöhung solle angesichts des aktuellen Pandemiegeschehens erst zum 01.01.2022 in Kraft treten, auch um den Unternehmen die Umstellung zu ermöglichen.

Herr KA Brixius teilt mit, dass der Vorschlag von der SPD-Fraktion unterstützt werde, da hier ein ausgleichender Mittelweg eingeschlagen werde.

Im Weiteren erkundigt sich Herr SB Lenger, ob die Größe der Unternehmen, die sich für bzw. gegen die Erhöhung ausgesprochen haben sowie die Bevölkerungsstrukturen bekannt seien. Frau Heinz erläutert, dass Firmen, die mehr Taxen unterhalten, aktuell größere finanzielle Probleme hätten. Bei größeren Unternehmen sei zu erkennen, dass mehr Taxen ruhend gestellt und mehr Konzessionen zurückgegeben wurden. Typischerweise würden sich jedoch mehr Unternehmen für eine Tarifierhöhung aussprechen.

Frau KA Serag weist darauf hin, dass auch seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Preisanpassung begrüßt werde, damit der Mindestlohn gesichert werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn SB Ehrentraut erläutert Frau Heinz, dass beispielsweise in Langenfeld alle Konzessionen von einer Firma zurückgegeben worden seien. Dies mache deutlich, dass das aktuelle Pandemiegeschehen unterschiedliche Auswirkungen auf die einzelnen Unternehmen habe.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Vierte Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen vom 18.12.2008 wird in der Fassung der Anlage 1 der Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6: Aktuelle Situation im Ausländeramt - Vorlage Nr. 33/002/2021
--

Frau Geisler berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über Veränderungen aufgrund der Corona-Pandemie, die derzeitige Situation der Kreis-Service-Center in den Städten Ratingen und Velbert, die Personal- sowie die Raumsituation und zeigt die Planungen zu organisatorischen und strukturellen Veränderungen auf (Anlage 2).

Anschließend erkundigt sich Frau KA Serag nach den längerfristigen Lösungen für die bereits in der Vergangenheit schwierige Personalsituation. Außerdem bittet sie um Erklärung, weshalb bis März diesen Jahres nur eine Ausbildungsduldung erteilt wurde. Frau Geisler führt aus, dass eine längerfristige Verbesserung der Personalsituation insbesondere durch eine bessere Qualifizierung der Mitarbeitenden und eine Verbesserung des Arbeitsbereichs durch Schulungen etc. erreicht werden solle. Ein Stellenwechsel könne jedoch generell nicht verhindert werden.

Bezüglich der Erteilung von Ausbildungsduldungen lägen in einer Vielzahl von Fällen die Voraussetzungen nicht vor. Beispielsweise fehle es in vielen Fällen an einer Mitwirkung der Antragsstellenden bei der Personenfeststellung.

Herr Hanheide ergänzt, dass sich die aus der Anlage ergebende Angabe auf den Zeitraum bis Ende März beziehe. Da das Ausbildungsjahr klassisch im Sommer beginne, werden die aktuellen Zahlen zur Niederschrift mitgeteilt:

Ein Hauptgrund für den Rückgang an erteilten Ausbildungs- und Beschäftigungsduldungen ist in den Auswirkungen der Corona- Pandemie zu sehen. Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation wurden insgesamt deutlich weniger Anträge auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis gestellt (2019: 1125 Anträge, 2020: 566 Anträge, Januar-März 2021: 119 Anträge). Diese Tendenz hat auch Auswirkungen auf die Anzahl der beantragten Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsduldungen, welche ebenfalls stark rückläufig ist.

Bei den Ausbildungsduldungen ist zusätzlich zu beachten, dass die Anzahl der Erteilungen im ersten Quartal regelmäßig deutlich geringer ausfällt, als im restlichen Jahr. Dies ist in der Tatsache begründet, dass der überwiegende Teil der Ausbildungsverhältnisse am 01.05., 01.08. bzw. 01.10. eines Jahres beginnt und die Ausbildungsduldungen meist kurz vor Ausbildungsbeginn erteilt werden.

Seit Ende März wurden weitere sechs Ausbildungsduldungen erteilt, jedoch nicht alle für den Ausbildungsbeginn 01.05.2021.

Bezüglich der Beschäftigungsduldung ist anzumerken, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer solchen Duldung sehr hoch sind und von vielen geduldeten Personen nicht erfüllt werden können. Dies ist ein Hauptgrund, warum das Instrument der Beschäftigungsduldung bisher keiner großen Nachfrage unterliegt.

Herr Hanheide führt weiter aus, dass es eine Personalfluktuaton in allen Ausländerbehörden gebe. Dies lasse sich zum einen damit erklären, dass die Verwaltungen viele attraktive Stellen in einer vergleichbaren Besoldungsgruppe zu bieten haben. Zum anderen hätten derzeit alle Verwaltungen einen hohen Personalbedarf, weshalb im Kreis Mettmann auch zahlreiche Abgänge an die Landesbehörden zu verzeichnen seien.

Mit Hinweis auf die hohe Unzufriedenheit der Bevölkerung in Ratingen erkundigt sich Herr KA Weiß, zu welchem Termin eine Öffnung des dortigen KSC geplant sei.

Frau Geisler teilt mit, dass die Räumlichkeiten des KSC ab dem 25.05.2021 zur Bearbeitung der Rückstände im Bereich der Erfassung biometrischer Daten genutzt werden sollen. Eine Aufnahme der bisherigen Tätigkeiten des KSC erfolge zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht. Ergänzend führt Herr Hanheide aus, dass aufgrund der nach wie vor anhaltenden Schließung der Kreisverwaltung für den Publikumsverkehr mit einer strengen Terminvergabe gearbeitet werden müsse. Aufgrund der weiterhin hohen Inzidenz sei eine uneingeschränkte Öffnung der Kreisverwaltung nicht absehbar.

Auf Nachfrage von Herrn KA Bösel teilt Frau Geisler mit, dass die schlechte Erreichbarkeit der Mitarbeitenden im Homeoffice durch das in seiner Kapazität limitierte Telefonnetz der Kreisverwaltung bedingt sei. Durch die Umleitung der Telefone ins Homeoffice würde das Telefonnetz zusätzlich belastet.

Herr KA Brixius stellt fest, dass die aktuelle Situation als kritisch zu bewerten ist. Insbesondere das Problem der telefonischen Erreichbarkeit sollte dringend behoben werden.

Frau KA Serag ergänzt, dass aufgrund der Überlastung der Leitungen ein Problem bei der Vereinbarung von Notfallterminen gesehen werde.

Daraufhin teilt Frau Geisler mit, dass mit der Telefonzentrale eine besondere Vereinbarung getroffen worden sei, so dass von dort nun auch Rückrufbiten übermittelt würden. Außerdem könne das Ausländeramt per E-Mail erreicht werden.

Frau KA Yeboah weist darauf hin, dass die Schließung des KSC bereits im Integrationsrat der Stadt Ratingen sehr hitzig diskutiert worden sei. Seit das Ausländeramt im Jahr 2008 in Ratingen aufgelöst und die Aufgabe an den Kreis Mettmann abgegeben wurde, habe es oft Personalprobleme gegeben. Auch sei der Weg nach Mettmann für viele Ausländer problematisch. Daher erkundigt sich Frau KA Yeboah, ob die Bearbeitung der biometrischen Daten nun das wichtigste sei. Frau Geisler erläutert, dass die Erfassung der biometrischen Daten momentan aufgrund der hohen Rückstände von über 3.000 Anträgen priorisiert werden müsse. Die Rückstände müssten dringend abgearbeitet werden, damit die elektronischen Aufenthaltstitel ausgestellt werden können. Selbstverständlich würden eingehende Anträge auch weiterhin bearbeitet. Die Anträge könnten nach wie vor auch in Papierform gestellt werden, die Nutzung von Online-Anträgen stelle nur eine zusätzliche Option dar. Die bisherigen Erfahrungen des Ausländeramtes würden jedoch zeigen, dass dieses Angebot auch angenommen werde. Außerdem bestehe grundsätzlich die Möglichkeit, die Unterlagen bei den Bürgerbüros abzugeben, sofern diese geöffnet sind, damit die Unterlagen von dort an den Kreis Mettmann weitergeleitet werden können.

Frau KA Gafari stellt fest, dass es sich hier um ein sehr emotionales Thema handele und dankt Frau Geisler für die Darlegung der guten Ansätze.

Auf Nachfrage von Herrn SB Lenger teilt Frau Geisler mit, dass zudem die Anmietung weiterer Räumlichkeiten bereits umfassend geprüft worden sei. Allerdings sei die technische Anbindung aufgrund der hohen rechtlichen Anforderungen problematisch.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9.1: Presseberichterstattung über das Kreis-Service-Center Hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.05.2021 - Vorlage Nr. 32/011/2021
--

Herr Hanheide erläutert, dass die Verwaltungen, und damit auch die Kreis-Service-Center, im Rahmen der Pandemie geschlossen wurden. Dennoch würden alle Personen mit einem dringenden Bedarf einen Notfalltermin bekommen. Somit bestünde auch in Fristsachen die Möglichkeit einer Terminvereinbarung.

Problematisch sei derzeit der Druck elektronischer Aufenthaltstitel durch die Bundesdruckerei. Dieser sei erst möglich, wenn die biometrischen Daten vorliegen. Aus diesem Grund würden die Bearbeitungsrückstände nun schnellstmöglich abgebaut.

Auch aufgrund der rechtlichen Verpflichtungen mit den Städten Ratingen und Velbert sei nicht geplant, die Leistungen der Kreis-Service-Center einzuschränken. Es müsse jedoch diskutiert werden, welche Aufgaben in den Kreis-Service-Centern längerfristig weiterhin angeboten werden können. Für einen Großteil der Sachbearbeitung sei inzwischen ein Zugriff auf die ausschließlich in Papierform vorliegenden Unterlagen erforderlich, was in den Kreis-Service-Centern jedoch nicht gewährleistet sei. Es solle daher in einem intensiven Dialog mit den Städten Ratingen und Velbert eingetreten werden.

Auch werde bereits nach weiterem Personal für die Kreis-Service-Center gesucht.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zur Niederschrift genommen (Anlage 3).

Zu Punkt 7:	Bericht des Straßenverkehrsamtes über die Arbeit der Unfallkommission in den Jahren 2019 und 2020 - Vorlage Nr. 36/002/2021
--------------------	--

Frau Heinz verweist auf die Vorlage, in der einige Maßnahmen der Unfallkommission vorgestellt werden. Leider können einige Maßnahmen aufgrund von Personalmangel in den verschiedenen Behörden erst mit Verzögerung umgesetzt werden.

Auf Wunsch von Frau KA Serag erläutert Herr Becker das Vorgehen der Unfallkommission. Zunächst erfolge durch die Polizei eine Auswertung der Unfalllage über einen Zeitraum von einem Kalenderjahr. Mittels dieser Auswertung würden anhand besonderer Kategorien Unfallhäufungsstellen ermittelt und dem Straßenverkehrsamt mitgeteilt. Anschließend erfolge in Abstimmung mit der Polizei und dem jeweiligen Straßenbaulastträger eine Prüfung der Unterlagen und eine Inaugenscheinnahme der Unfallstelle. Es würden dann gemeinsame Beschlüsse zur Verbesserung der Situation, wie beispielsweise die Umsetzung verkehrsregelder oder baulicher Maßnahmen, gefasst. Diese würden dann durch den jeweiligen Straßenbaulastträger umgesetzt.

Herr KA Brixius erkundigt sich, ob die Missachtung des Rotlichts zu einer steigenden Zahl an Unfällen führe und ob geplant sei, die Überwachung der Rotlichtverstöße zu intensivieren. Herr Becker erläutert, dass im Unfallgeschehen vermehrte Rotlichtverstöße nicht lokalisiert werden könnten. Die Überwachung gestalte sich schwierig, da hierfür die Anschaffung stationärer Anlagen erforderlich sei. Dies sei in der Vergangenheit zwar erfolgt, allerdings seien oftmals nur Einzelverstöße erfasst worden.

Auf Nachfrage von Frau KA Gafori führt Herr Becker aus, dass bereits beim Bau einer Straße eine umfassende Einschätzung des Gefährdungspotentials erfolge. Auch würden die örtlichen Straßenverkehrsbehörden oftmals Auffälligkeiten mitteilen, sodass auch präventiv Maßnahmen geprüft und umgesetzt werden können.

Herr SB Winter erkundigt sich nach den Gründen für die hohe Anzahl an Unfallhäufungsstellen in Ratingen. Außerdem erkundigt er sich, ob eine Unfallhäufung mit E-Bikes festgestellt werden könne.

Mehrere Unfallhäufungsstellen befinden nach Aussage von Herrn Becker entlang der Brachter Straße. Auf dieser Straße gebe es besonders viel Verkehr, was mit häufigen Rückstaus mit immer veränderter Position verbunden sei. Die Unfälle würden häufig durch Unachtsamkeit der Fahrer_innen verursacht. Man gehe jedoch davon aus, dass sich die Unfallhäufungsstellen auflösen, sobald die hier geplante Autobahn fertig gestellt sei. Ein strukturelles Problem sei in Ratingen nicht zu erkennen.

Die erhöhte Anzahl an Unfällen mit Radfahrern sei u.a. dadurch bedingt, dass außerorts oftmals nur einseitige Radwege vorhanden seien. Oftmals würden die Radfahrer daher beim

Abbiegen übersehen. In Monheim am Rhein werde nun aus diesem Grund beispielsweise eine Einmündungssituation umgebaut.

Abschließend verweist Herr KA Kramer darauf, dass sich sowohl die kreisangehörigen Städte als auch die Kreisverwaltung in der Vergangenheit erfolgreich bemüht hätten, die Verkehrssituation durch besondere Maßnahmen zu verbessern.

Der Bericht des Straßenverkehrsamtes über die Arbeit der Unfallkommission wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8: Aktuelles aus dem Bereich Bevölkerungsschutz - Vorlage Nr. 32/010/2021

Herr Schams berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 4) über das Krisenmanagement in Bezug auf SARS-CoV-2.

Ergänzend teilt Herr Hanheide mit, dass es nach Einschätzung des Kreisgesundheitsamtes zwei potentielle Herde für die aktuellen Infektionen in den beiden Hochhäusern in Velbert gebe. Dies sei zum einen der stark frequentierte Spielplatz und zum anderen die Nutzung der Aufzüge mit einer Vielzahl von Personen ohne Maske etc. Es könne noch einige Tage dauern, bis Erkenntnisse über weitere mögliche Mutanten vorliegen.

Aktuell zeige der Inzidenzwert im Kreis Mettmann eine sinkende Tendenz und liege am heutigen Tag bei 117,2. Ein weiteres Sinken des Wertes werde erwartet. Daher könne der Schulbetrieb entsprechend der Allgemeinverfügung des Landes NRW ab der kommenden Woche wieder im Wechselunterricht aufgenommen werden. Darüber hinaus würden aufgrund des sinkenden Inzidenzwertes auch Erleichterungen für den Einzelhandel erwartet.

Eine Verlängerung der bis zum 30.06.2021 befristeten Bundesnotbremse hänge wahrscheinlich von der weiteren Entwicklung der Inzidenzwerte ab.

Die ab Juni entfallende Impfpriorisierung führe zu einer Arbeitsentlastung im Impfzentrum. Auch das zunehmende Eingreifen der niedergelassenen Ärzte in das Impfgeschehen führe zu einer Entlastung des Impfzentrums.

Der Kreis Mettmann habe als einziger Kreis ein Sonderkontingent zur Impfung in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten erhalten. Dieses belaufe sich auf ca. 2.000 Impfdosen. Die Impfaktionen würden derzeit mit den örtlichen Ordnungsbehörden abgestimmt und in den kommenden Tagen umgesetzt.

Auf Nachfrage von Frau KA Gafari erläutert Herr Hanheide, dass durch das Land NRW Impfdosen für die Impfzentren zur Verfügung gestellt werden. Die Arztpraxen erhielten gesonderte Zuweisungen von Impfdosen. Unabhängig davon erhalte der Kreis Mettmann nun zur Impfung in sozialen Brennpunkten Impfdosen aus einem Sonderkontingent. Diese stünden ab sofort zur Verfügung, allerdings sei es erforderlich, die Impfaktionen zunächst organisatorisch vorzubereiten.

Anschließend stellt sich der Leiter der Kreisfeuerwehrschule, Herr Kühn, dem Ausschuss kurz vor und berichtet über die Inbetriebnahme der Kreisfeuerwehrschule.

Frau KA Serag äußert sich positiv zum Betrieb der Kreisfeuerwehrschule und erkundigt sich, wie viele Frauen an dem aktuellen Lehrgang teilnehmen.

Nach Aussage von Herrn Kühn besteht der aktuelle Lehrgang aus 29 Teilnehmern und einer Teilnehmerin.

Herr KA Kramer erkundigt sich, ob aktuell noch eine Teilnahme der Städte Langenfeld und Monheim an der Kreisfeuerwehrschule fokussiert werde.

Daraufhin erläutert Herr Hanheide, dass der Kreis Mettmann aufgrund eines Beschlusses der Bürgermeisterkonferenz gebeten worden sei, eine Feuerweherschule einzurichten. Dieser Bitte sei man gefolgt. Wenn die Stadt Langenfeld eine Teilnahme an der Feuerweherschule wünsche, bestünden die entsprechenden Kapazitäten zur Einbeziehung dieser Stadt. Aktuell habe sich die Stadt Langenfeld aber bekanntlich an die Feuerweherschule Bochum gebunden.

Frau KA Yeboah bittet um Ausführung, wie die Rekrutierung von Nachwuchskräften erfolge. Aus ihrer Sicht sollten hier insbesondere Jugendliche angesprochen werden. Herr Kühn teilt mit, dass die Gewinnung von Nachwuchskräften nicht Aufgabe der Kreisfeuerweherschule sei. Es falle in die Zuständigkeit der kreisangehörigen Städte, eine leistungsfähige Feuerwehr zu betreiben. Dies umfasse auch die Einstellung von Nachwuchskräften, die dann an der Kreisfeuerweherschule ausgebildet werden. Selbstverständlich bestehe aber seitens der Kreisfeuerweherschule die Bereitschaft, die Kommunen in der Öffentlichkeitsarbeit bei Anforderung zu unterstützen.

Herr KA Brixius bedankt sich für die ausführliche Information und regt einen Besuch der Kreisfeuerweherschule nach der Pandemie an.

Auf Nachfrage von Frau KA Yeboah teilt Herr Kühn mit, dass der aktuelle Lehrgang mit 30 Teilnehmenden ausgebucht sei. Der nächste Lehrgang, der Anfang des kommenden Jahres starte, habe nur noch freie Kapazitäten von ca. neun Plätzen.

Herr SB Martin weist darauf hin, dass die Kreisfeuerweherschule auch durch andere Kommunen genutzt werde. Die Kreisfeuerweherschule solle durch ihre inhaltliche Arbeit überzeugen. Bereits das Konzept, die hauptamtliche und die ehrenamtliche Feuerwehrausbildung zu verbinden, spreche für sich. Dies sollte ein Werbefaktor für die Feuerwehrangehörigen auch außerhalb des Kreises Mettmann sein. Allerdings sollten nun mit dem ersten Lehrgang Erfahrungen gesammelt werden, bevor eine Kapazitätsausweitung diskutiert werde.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9: Nachträge

Als Nachträge liegen eine Anfrage der SPD-Fraktion, die bereits beantwortet wurde, sowie ein Vorschlag der Gruppe DIE LINKE. vor.

Zu Punkt 9.2: Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes zur Verkehrssicherheit rund um das Impfzentrum Hier: Vorschlag der Gruppe DIE LINKE vom 06.05.2021 - Vorlage Nr. 32/013/2021

Herr Hanheide erläutert, dass die Frage der Verkehrsregelung im Umfeld des Impfzentrums Aufgabe der Stadt Erkrath sei. Durch den Kreis Mettmann sei bereits durch die Anmietung weiterer Parkplätze zur Entspannung der Verkehrssituation beigetragen worden. Zudem wurden kurzfristig Maßnahmen getroffen, um das unerlaubte Parken entlang der K 21 im Nahbereich des Impfzentrums zu unterbinden. Es werde keine Notwendigkeit weiterer Maßnahmen gesehen, auch da von einer baldigen Entlastung des Impfzentrums ausgegangen werden könne. Seitens der Verwaltung werde daher vorgeschlagen, dem Antrag der Gruppe DIE LINKE. nicht zu folgen.

Herr KA Weiß beantragt im Namen der CDU-Fraktion den Vorschlag abzulehnen. Auch die Fraktion der UWG-ME und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließen sich der CDU-Fraktion an. Frau KA Yeboah rät jedoch, die Stadt Erkrath über die Situation gezielt zu infor-

mieren. Daraufhin teilt Herr Hanheide mit, dass ein permanenter Dialog mit der Stadt Erkrath bestehe und in diesem Zusammenhang auch die Verkehrssicherheit thematisiert werde.

Der Antrag auf Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts zur Verkehrssicherheit rund um das Impfzentrum wird einstimmig abgelehnt.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 19:25 Uhr hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 19:26 Uhr

gez.
Schabestan Gafari

gez.
Cornelia Brinkhoff